

# Heisst sparen weniger ausgeben oder mehr einnehmen?



Guido Müller.

Für jeden Privathaushalt und jedes Unternehmen lässt sich diese Frage wohl einfach beantworten. Sparen heisst primär weniger ausgeben, also haushälterischeres Umgehen mit den vorhandenen Mitteln ist gefragt. Aber in der Luzerner Politik hat der Begriff des Sparens eine neue Definition erhalten. Während für die linken Parteien die Sanierung des Staatshaushaltes bedeutet, die Steuersenkungen rückgängig zu machen und höhere Motorfahrzeugsteuern zu erheben, hat die Regierung in ihrem Sparpaket 2005 die Lösung in einer Kombination vorgeschlagen. Das Ziel soll über die Senkung von Kosten und Leistungsabbau, bzw. den Nichtausbau staatlicher Leistungen und über neue Einnahmen generiert werden.

Der Kanton Luzern hat in den Jahren 2002 und 2003 die Steuern um total  $\frac{1}{2}\%$  Einheiten gesenkt. Trotz dieser Steuersenkungen ist der Steuerertrag von 963 Mio. im Jahr 2000 auf über 1 Milliarde Franken im Jahr 2003 angestiegen. Dem Staat standen also trotz Steuersenkungen mehr Gelder zur Verfügung. Im gleichen Zeitraum aber ist der Personalaufwand von 764 Mio. auf 897 Mio. Franken angestiegen. Ein Wachstum von über 17 Prozent, das auch ein wirtschaftlich gut geführtes Unternehmen nicht verkraften würde. Der Grosse Rat hatte im Herbst 2003 mit der nur teilweise verabschiedeten Finanz- und Aufgabenplanung (IFAP) und den entsprechenden Auflagen zu Händen der Regierung klare Vorgaben zur Verbesserung des Finanzhaushaltes gemacht. Vorrangig wurde eine weitere Reduktion der Verschuldung verlangt. Der Auftrag für die Regierung lautet somit ganz klar: Keine Defizite, Abbau der Schulden und Senkung der Steuern.

Um diese Zielvorgabe zu erreichen, sah sich die Regierung dazu veranlasst, ein Sparpaket in der Grössenordnung von 60 Millionen umzusetzen. Da zusätzlich das Steuerniveau für die Jahre 2003 und 2004 zu optimistisch veranlagt wurden, war die Regierung gezwungen, ein Sparpaket für 90 Mio. Franken auszuarbeiten.

Die Sparmassnahmen erstrecken sich auf die ganze kantonale Verwaltung, inkl. der Schulen, Spitäler und Gerichte. Das Sparziel wird zu knapp 82 Prozent über Senkung von Kosten und Leistungsabbau und zu 18 Prozent über Erhöhung von Einnahmen realisiert. Die Löhne stellen die grössten Ausgaben des Staates dar. Die Regierung hat sich in ihrer Vorgehensweise dazu entschieden, nur dort Personal abzubauen, wo es wegen Rationalisierungsmassnahmen oder Ver-

zicht auf staatliche Leistungen unumgänglich ist. Gleichzeitig schlägt sie vor, für das Jahr 2005 auf lineare und individuelle Lohnerhöhungen zu verzichten. Mit allen vorgeschlagenen Massnahmen werden die Personalkosten ab dem Jahr 2005 um rund 35 Mio. Franken gesenkt.

## **Gesetz über die Verkehrsabgaben und Vollzug des eidg. Strassenverkehrsrechtes**

Die vorgesehenen Gesetzesänderungen beinhalten zwei Massnahmen. Mit der Änderung soll der Verteilschlüssel der Verkehrssteuern mit einer Reduktion von 7,5 Prozent für den Bau und Unterhalt der Strassen um 7,5 Prozent zu Gunsten der Mitfinanzierung der kantonalen Aufwendungen für den öffentlichen Verkehr umverlagert werden. Dadurch sollen dem öffentlichen Verkehr ab dem Jahr 2005 jährlich zirka 7,4 Mio. Franken mehr zufließen, die dem motorisierten Individualverkehr künftig fehlen. Für die Lösung der Verkehrsprobleme in der Agglo würden wichtige Mittel entzogen. Dieser Antrag wurde dank bürgerlicher Mehrheit in der ersten Lesung abgelehnt.

Mit der zweiten Änderung sollen die Steuersätze für die Verkehrssteuern um zirka 15 Prozent angehoben werden. Eine Mehrheit stimmte einer Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern zu, da sie einen grossen Anteil am gesamten Sparpaket bilden und ein Herausbrechen dieses Teils das Gesamtpaket in Frage stellen würde. Es ist aber absehbar, dass gegen die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer das Referendum ergriffen wird.

Dank linearer Steuersenkungen wurden die Steuerzahler im Kanton Luzern entlastet. Ohne diese Steuersenkungen wären die Ausgaben weiterhin gestiegen. Weitergehende Sparmassnahmen werden erforderlich und unumgänglich sein. Steuergelder, die vom Staat nicht eingezogen werden, stehen dem Konsum zur Verfügung und fördern den wirtschaftlichen Aufschwung. ■

Guido Müller, Honau,  
Zentralvorstandsmitglied KGL, SVP-Grossrat und  
Präsident der Planungs- und Finanzkommission